Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreise: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 27. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 1. Februar 1928

Das Handwerk lebt!

Volkswirtschaftliche Theorien haben vor allem das eine an sich, höchstens ein Körnchen Wahrheit zu enthalten, meist aber durch die Praxis widerlegt zu werden. Lange hat es als eine so „unumstößliche" Wahrheit gegolten, daß die Großbetriebe in der Gütererzeugung und Güterverteilung die kleinen Betriebe allmählich, aber unaufhaltsam „auffressen" würden. Das hat sich aber längst als ein großer Irrtum herausgestellt. Nicht bloß der kleinere und mittlere Kaufmann, dem auch jetzt noch ein außerordentlich großer Teil der Güterverteilung obliegt, hat sich als lebenskräftig und lebenswichtig erwiesen, sondern das gilt auch ebenso von den Kleinbetrieben in der Gütererzeugung, dem Handwerk. Unvergessen bleibt der Entschluß der großen Tagung des Einzelhandels in Berlin, weil er der Mahnung des Reichswirtschaftsministers Folge leistete, die Aufbesserung der Beamtengehälter nicht zu einer allgemeinen, ihn selbst schädigenden Preissteigerung auszunutzen. Gewaltig war auch die jetzige Kundgebung des Mitteldeutschen Handwerkerbundes in Magdeburg in Form eines „Abends des Handwerks". Diese Form soll aber nicht eine üble Nebenbedeutung haben, ein Verzichtleisten, ein Absterben darstellen, sondern Leben. Überfüllt waren die Versammlungen und auch dort sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Die Reichsverfassung hat in ihrem Artikel 164 ausdrücklich vorgesehen, daß der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel durch Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern, gegen Überlastung und Aussaugung zu schützen sei. Vielfach aber ist diese Vorschrift der Reichsverfassung auf dem Papier stehengeblieben. Minister Dr. Curtius erkannte in seinen Ausführungen an, daß die Klagen über die allzu drückenden Steuerlasten und die hohen Sozialabgaben gerade im Handwerk überaus berechtigt sind, — aber dieses Zugeständnis soll doch nur der erste Schritt zu einem Besserwerden sein. Das Steuervereinheitlichungsgesetz, dessen Entwurf dem Reichstag vorliegt, soll ja vor allem der maßlosen Erhöhung der Realsteuern Schranken setzen; ein Normalsteuersatz soll geschaffen werden, dessen Überschreitung an zunehmende Garantien für die Nachprüfung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Gemeindeausgaben geknüpft werden. Man darf nur hoffen, daß diese Reformarbeit baldmöglichst durchgeführt wird.

Der Minister sprach von Sparmaßnahmen und Verwaltungsreform, — auch hier erst Anfänge, Pläne, noch nicht entscheidende Arbeit! Er sprach von einer bevorstehenden Zollsenkung für Rohstoffe und Halbfabrikate, was ja für das Handwerk zweifellos von Bedeutung wäre. Bekanntlich steht Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf dem Standpunkt, Deutschland, als ein Land, dessen wirtschaftliche Stärke in der Verarbeitung von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu Fertigerzeugnissen gewesen ist und bleiben muß, habe größtes Interesse daran, den Bezug der ausländischen Rohstoffe nicht durch Zölle zu verteuern. Aber auf der anderen Seite steht wieder die Notwendigkeit des Schutzes der heimischen Produktion, sind daher die grundsätzlichen Kämpfe um den Zolltarif keineswegs leicht zu nehmen.

Dr. Curtius vermag in der sozialpolitischen Belastung auch des Handwerks irgendeine Erleichterung nicht zu versprechen, wohl aber eine Einschränkung der ausgedehnten privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand, nicht zuletzt bei den Gefängnissen, und bei anderen das mittelständische Gewerbe bedrohenden Einrichtungen anzudeuten. Das ist Hilfe von außen her, Hilfe, die das Handwerk als bedeutsamer volkswirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Faktor verlangen kann.

Das wird ergänzt durch eine Stärkung von innen her. Der Minister erinnert an das Berufsausbildungsgesetz, das den Nachwuchs im Handwerk regeln wird, und er verweist auf die Handwerksnovelle, die endlich klare Richtlinien für das handwerkliche Organisationswesen schaffen soll. Immer noch besteht die Gewerbeordnung von 1869 zu Recht, die unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen geschaffen worden war. „Diese moderne Handwerkernovelle nun," so schließt der Minister, „möge dazu dienen, das Handwerk weiter zu stärken und zu befestigen, damit es in der deutschen Volkswirtschaft vollberechtigt die Stelle einnimmt, die es nach seinem Anteil am Produktionsprozeß und nach der Zahl der Volksgenossen, die in ihm ihre Existenz finden, verdient und die es nach der ihm innewohnenden Lebenskraft einzunehmen auch in der Lage ist."

Versprechungen, Zusagen, Verheißungen — das Handwerk darf verlangen, daß daraus auch Taten werden, baldige Taten.

Deutscher Reichstag.

(372. Sitzung.) CB. Berlin, 31. Januar.

Bei Eröffnung der Sitzung teilte Präsident Löbe mit, daß dem Reichstag nunmehr das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Angelegenheit des preußischen Anspruchs auf den Posten im Reichsbahnverwaltungsrat mit einer Erläuterung des Reichskanzlers zugegangen sei. Fortgesetzt wurde dann die Aussprache über den

Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Ulitzka (Ztr.) beschäftigte sich zunächst mit der gestrigen Rede des deutschnationalen Abg. v. Freytagh-Loringhoven und erklärte dazu, die Kritik der Außenpolitik in dieser Rede sei im Ausmaß und in der Form nicht zu vereinbaren mit der Zugehörigkeit zur Regierungskoalition. Das Verhalten des deutschnationalen Redners sei geeignet, Deutschland um jeden politischen Kredit im In- und Auslande zu bringen.

Große Bewegung im Hause.

Bei diesen Ausführungen des Abg. Ulitzka entsteht lebhafte Bewegung im Hause, von rechts ertönen stürmische Zwischenrufe, von links und aus der Mitte Zustimmungskundgebungen. Abg. Ulitzka fährt fort, derartige Reden bedeuteten glatte Verleugnung des Außenministers. Der Redner fragte, wie man solche Äußerungen in Einklang mit den Richtlinien bringen könne, auf die sich die Deutschnationalen bei der Bildung des jetzigen Kabinetts ausdrücklich verpflichtet hätten.

Das Zentrum müsse als Regierungspartei von den Deutschnationalen eine Erklärung verlangen, da es das sich selbst, dem Volke und den Staaten schuldig sei, mit denen Deutschland Verträge abgeschlossen habe. (Zustimmung im Zentrum und links.)

Der Redner warf dann einen Rückblick auf die deutsche Außenpolitik in dem ablaufenden Jahrzehnt 1918—1928. Ihr Ziel sei der Friede zwischen Deutschland und den anderen Völkern, der Weltfriede. Der Weg des Ausgleichs von Konflikten zwischen den Völkern sei zu gehen durch Vergleichs- und Schiedsverfahren. Hemmnisse verursacht erstens das Fortbestehen der Besetzung im Rheinland. Zweitens gäbe es die Verschleppung der Abrüstungsfrage und drittens die unhaltbaren Zustände, die aus den Versailler und Genfer Grenzziehungen im Osten entstanden seien. Abg. Ulitzka besprach dabei insbesondere die Lage Danzigs, Ostpreußens und Oberschlesiens. Ein weiteres großes Hindernis sei die Verletzung der Rechte der Minderheiten in den verschiedenen Staaten. Sodann begrüßte der Redner alle positiven Schritte zur Herbeiführung der Befriedung der Völker, besonders durch Handelsverträge. Er erwarte aber, daß durch den deutsch-polnischen Handelsvertrag kein Zweig der Wirtschaft einseitig belastet werde. Auch mit Rußland solle man schon aus wirtschaftlichen Gründen in friedlichen Beziehungen bleiben und sie befestigen.

Abg. **Freiherr von Rheinbaben** (D. Vp.) wies darauf hin, daß man gestern neben der Rede des Außenministers einmal die Rede des Abg. Dr. Breitscheid gehört habe, die in der Presse als Regierungsrede bezeichnet werde, und andererseits die Rede des Abg. von Freytagh-Loringhoven, die er als etwas fraglich bezeichnen wolle. Seine Fraktion wolle abwarten, was vielleicht noch ein anderer Redner der Deutschnationalen zu dem grundsätzlichen Teil zu sagen habe. Er könne sich nicht denken, daß die Partei als Ganzes die Worte des Abg. von Freytagh-Loringhoven billigen könne. Die Zusammensetzung der jetzigen Regierung hätte keineswegs zu einer Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen geführt. Die französische Regierung wolle offenbar die Rheinlandräumung nur gegen finanzielle Vorteile gewähren. Solange die Rheinlandbesetzung fortbestände, gebe es keine Locarnopolitik und könne es keine solche geben. In der Abrüstungsfrage müsse man Parität verlangen, nachdem Deutschland selbst vollständig abgerüstet habe. In der Sicherheitsfrage billigte seine Partei die Denkschrift der Regierung. Abzulehnen werden müsse aber der immer wiederholte Versuch, Deutschland zu immer neuen Konzessionen unter dem Deckmantel der Sicherheiten zu zwingen. Das abgerüstete Deutschland könne

ein Durchmarschrecht nicht gewähren,

wie es in Genf verlangt worden sei. Der Redner begrüßte dann den deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrag. Das deutsche Volk müsse seinen Blick nach Osten richten. Dort sei eine Grenzrevision nicht zu vermeiden. Seine Partei erstrebe diese Revision auf friedlichem Wege.

Die Umrisse Deutschlands von morgen

würden allmählich sichtbar. Im Westen Freiheit von Rhein und Saar, im Osten Grenzrevision und stabile Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen, später Anschluß Österreichs. Der Redner betonte schließlich, daß die Deutsche Volkspartei zwischen viel Gefühlspolitik rechts und starker Illusionspolitik links in opferbereiter Stellung bisher mit Stolz und klarer Überlegung den Weg der vaterländischen Tat gegangen sei und daß sie ihn durch äußere und innere Meinungskämpfe hindurch auch weiter gehen werde.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dtn.) nahm dann unter großer Spannung des Hauses das Wort und erklärte, der Abg. Ulitzka habe gefordert, daß die deutschnationale Fraktion in einer programmatischen Erklärung zu dieser Rede Stellung nehme. Es sei selbstverständlich, daß sich die Deutschnationalen das Recht vorbehalten müssen, selbst zu bestimmen, wann und von wem sie Erklärungen im Reichstagsabgeben ließen.

Frau Dr. **Bäumer** (Dem.) erklärte, es könne nicht geleugnet werden, daß nicht nur in Deutschland, sondern bei allen aufrichtigen Vertretern der Völkerbundidee eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Jahre herrsche, besonders hinsichtlich der Abrüstung. Die Rednerin erklärte weiter,

die geschichtliche Aufgabe Deutschlands im Völkerbund

liege darin, daß es als legaler Mitarbeiter die Idee und Mission des Völkerbundes und neuen Methoden des Völkerverkehrs mit Nachdruck fördere und ausgestalte. Wenn Briand neulich die Frage der Rheinlandräumung nicht als aktuell bezeichnet habe, so müsse betont werden, daß sie für Deutschland keinen Augenblick aufhöre, aktuell zu sein, und daß man das neue Haus des gegenseitigen Vertrauens erst auf gesäubertem Gelände aufbauen könne. Auch die Minderheitsfrage gehöre in das Gebiet geistiger Abrüstung. Zum Schluß gab die Rednerin der Hoffnung Ausdruck, daß sich in allen Völkern diejenigen Kräfte stärkten, die der von Deutschland bisher betriebenen Friedenspolitik loyale Mitarbeiter zuführe.

Die Weiteraussprache wird auf Mittwoch vertagt.

Inlandsanleihe der Reichsbahn

Geldmittel für Bahnarbeiten.

Zunächst 100 Millionen.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bedarf, wie sie mitteilt, zur Deckung ihrer Kapitalausgaben größerer Geldmittel. Da zurzeit eine Auslandsanleihe für sie nicht in Frage kommt, das Interesse der Bahn sowohl wie der Wirtschaft eine Verschiebung oder gar weitere Verminderung der geplanten Arbeiten aber nicht verträgt, wird eine unter der Führung der Reichsbank stehende Bankengruppe der Deutschen Reichsbahngesellschaft die zur Durchführung des Beschaffungsprogramms erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Die Bankengruppe übernimmt zunächst fest 100 Millionen Anteilscheine der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie 5 der Deutschen Reichsbahngesellschaft ohne Restdividendenschein für 1927, im übrigen genau wie die Anteilscheine über Vorzugsaktien der Serie 4 auszustatten, und legt diese baldigst zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 93½ Prozent auf. Gleichzeitig haben sich die Banken verpflichtet, innerhalb der nächsten Monate nach ihrer Wahl entweder weitere 100 Millionen Anteile über Vorzugsaktien oder 100 Millionen siebenprozentige Schatzscheine der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit dreijähriger Laufzeit fest zu übernehmen.

Garantie des Reiches.

Wie bei der im Jahre 1926 erfolgten Ausgabe von Anteilscheinen der Reichsbank über Reichsbahnvorzugsaktien, ist auch für die neue Ausgabe eine Garantie des Reiches für eine siebenprozentige Vorzugsdividende vorgesehen. Darüber hinaus erhalten bekanntlich die Inhaber der Vorzugsaktien noch eine Zusatzdividende, wenn auf die Stammaktien eine Dividende verteilt wird. Im Falle der Ausgabe von siebenprozentigen Schatzscheinen ist deren Umtausch in Anteile vorgesehen. Ein weiterer Betrag von 25 Millionen Anteilscheinen, der vorläufig gesperrt ist, wird zur anderweitigen Verfügung der Reichsbahn von dieser zurückgehalten.

Dr. Luther an Ministerpräsident Braun.

Preußens Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther hat an den preußischen Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, in dem er zu der Frage der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft Stellung nimmt. Er betont, daß er während der drei Viertel Jahre, die vom Tode des Geheimrats Arnhold bis zu seinem (Luthers) Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt verflossen seien, den preußischen Ministerpräsidenten wiederholt gebeten habe, als Nachfolger für Arnhold im Verwaltungsrat der Reichsbahn eine Persönlichkeit von politischem und wirtschaftspolitischem Range vorzuschlagen. Die preußische Regierung habe aber kein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Reichsregierung gezeigt, sondern sei dauernd bei dem Vorschlage derselben Persönlichkeit, eines preußischen Fachbeamten im aktiven Dienst, geblieben. Die Entsendung von aktiven Fachbeamten in den Verwaltungsrat sei aber von der Reichsregierung aus grundsätzlichen Gründen stets abgelehnt worden. Gerade in seiner Eigenschaft als früherer Reichskanzler könne er seine Aufgabe nicht darin erblicken, durch sein Handeln der Entscheidung der Reichsregierung über eine andersartige Zusammensetzung des Verwaltungsrates vorzugreifen.

Die landwirtschaftlichen Kredite.

Nützlich für Erzeuger und Verbraucher.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärt, daß das Kabinett bereit wäre, 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen zum Zwecke der Regulierung des Inlandsmarktes für Vieh und Fleisch. Nähere Mitteilungen sollen bei der Behandlung der Angelegenheit im Reichstag, dem die Bewilligung zusteht, gemacht werden. Das Kabinett hat unlängst beschlossen, weitere 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Dadurch würde in gleicher Weise Erzeugung wie Verbrauch gefördert.

Die Arbeitskrise im Saargebiet.

Hilferufe an die Reichsregierung.

Die Zentrumspartei des Saargebiets sowie die Zentrumsfraktion des Landesrats haben an den Reichskanzler Dr. Marx, an Generaldirektor Dorpmüller und an die Zentrumsfraktion des Reichstages Telegramme gesandt, in denen um sofortige Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Entlassungen in der Hüttenin-

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF